

Ansprache von Pierre Werner: Auszug über die Stärkung der gegenwärtigen Gemeinschaften (Den Haag, 1. Dezember 1969)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, n° 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Ansprache von Pierre Werner (Den Haag, 1. Dezember 1969)", p. 50-55.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2013

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_pierre_werner_auszug_uber_die_starkung_der_gegenwartigen_gemeinschaften_den_haag_1_dezember_1969-de-e91a848d-c6d4-4936-9ee0-b106b9cc05be.html

Publication date: 19/12/2013

Ansprache von Pierre Werner (Den Haag, 1. Dezember 1969)

[...]

C Stärkung der gegenwärtigen Gemeinschaften

Es ist dringend geboten, daß die Gemeinschaft in einer Reihe von Bereichen die Politik und die Maßnahmen festlegt, da sonst die durch die Schaffung eines großen einheitlichen Marktes errungenen Vorteile verpuffen könnten.

Die somit von den Sechs ausgearbeiteten Entschliefungen und Richtlinien würden den Beitrittsbewerbern unterbreitet, um mit diesen gemeinsame Schlußfolgerungen zu erarbeiten.

Bei den Bereichen, in denen die Gemeinschaften gestärkt werden könnten, denke ich in erster Linie an die *währungspolitische und finanzielle Zusammenarbeit*. Gewisse Währungsbewegungen der jüngsten Zeit und ihre Auswirkungen insbesondere auf die gemeinsame Agrarpolitik haben gezeigt, daß *jede gemeinsame Politik jederzeit von Unsicherheit bedroht ist, solange sich nicht die Mitgliedstaaten endgültig auf den Weg zur währungspolitischen Zusammenarbeit und Angleichung ihrer Finanzpolitik, begeben haben*.

Die Verwirklichung der Bedingungen für eine Wirtschaftsunion setzt eine gleichgeschaltete Entwicklung der Wirtschaftsplanung und der Abstimmung der Konjunkturpolitik voraus. Die Verwirklichung dieser Ziele wird häufig als Voraussetzung für die währungspolitische Integration angesehen.

Davon bin ich nicht überzeugt. Ich fürchte sehr, daß eine große Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß es niemals eine abgestimmte Konjunkturpolitik geben wird, wenn immer wieder eine gewisse Währungsdisziplin auf Gemeinschaftsebene abgelehnt wird.

Die jüngsten währungspolitischen Ereignisse, die in der Agrarpolitik Verwirrung gestiftet haben, zeigen, daß die Wirtschafts- und Währungspolitik ein untrennbares Ganzes bilden. Daher befürwortet meine Delegation die Aufstellung eines Programms, in dem unser Wille, auf diesem zugleich politischen und wirtschaftlichen Gebiet voranzuschreiten, deutlicher hervorgehoben wird.

Ein erster Fortschritt in diesem Sinne wurde erzielt, als der Rat den kurzfristigen Währungsbeistand der Mitgliedstaaten grundsätzlich beschlossen hat.

Außerdem sollen in allernächster Zeit im Rat Erörterungen über die Vorschläge der Kommission für eine mittelfristige finanzielle Zusammenarbeit und eine stärkere Abstimmung der mittelfristigen Wirtschaftspolitik stattfinden.

Um jedoch Erfolge zu erzielen, müssen wir noch weiter gehen. Es ist nicht Aufgabe einer Zusammenkunft wie der unseren, die technische Entwicklung dieses Programms für eine Währungsunion auf Zeit festzulegen. Es gibt mehrere mehr oder weniger kühne Lösungsvorschläge.

Wie dem auch sei: die luxemburgische Delegation würde es begrüßen, wenn in unser Kommuniké der Hinweis aufgenommen würde, daß wir gewillt sind, eine Währungsunion innerhalb eines bestimmten Zeitraums durch die schrittweise Schaffung geeigneter Übereinkünfte, Mechanismen oder Organe zu verwirklichen, wobei die Abstimmung der Wirtschaftspolitik, die sie fördern sollen, als Grundlage dient.

D. Stärkung der Organe

Die Öffentlichkeit erwartet auch — und die meisten unserer einzelstaatlichen Parlamente machen dies sogar zur Bedingung für die Ratifizierung der Finanzregelung und der Zuweisung von Eigenmitteln an die Gemeinschaft — daß *gleichzeitig die Zuständigkeiten der Gemeinschaftsorgane neu gefaßt werden*.

Man kann natürlich behaupten, daß die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments eng mit

der allgemeinen direkten Wahl seiner Mitglieder verknüpft ist. Ohne einen solchen Zusammenhang leugnen zu wollen, dürfte uns diese Feststellung dennoch nicht veranlassen, in keinem der beiden Bereiche fortzuschreiten.

Es wäre daher zweckmäßig, bei diesen Problemen realistisch und in der Richtung der Fortschritte vorzugehen, die in den anderen Bereichen des europäischen Zusammenschlusses erzielt werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß in unserem Schlußkommuniqué bekräftigt werden sollte:

- daß unsere Regierungen gewillt sind, Ende des Jahres zur Endphase des Gemeinsamen Marktes überzugehen und
- zu diesem Zeitpunkt alle Verpflichtungen zu übernehmen, die uns Vertrag und Folgerecht vorschreiben, insbesondere indem wir die Finanzregelung für die Endphase vollenden;
- daß die Gemeinschaft unverzüglich die Ermächtigung für die Verhandlungen mit den Beitrittsbewerbern erteilen sollte und daß die Beitrittsverhandlungen gleich danach anlaufen;
- daß die Gemeinschaft gleichzeitig mit der Erteilung der Verhandlungsermächtigung und den Beitrittsverhandlungen selbst Beschlüsse in den Bereichen fassen wird, in denen sie gestärkt werden will, insbesondere auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung, der schrittweisen Verwirklichung der Währungsunion und der gemeinsamen Wirtschaftspolitik;
- daß die wirtschaftliche, währungspolitische und finanzielle Stärkung mit einer Stärkung der organbezogenen Bestimmungen der Verträge einhergehen sollte, indem dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse und Zuständigkeiten übertragen werden und ein erster Schritt zur allgemeinen direkten Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments getan wird.

[...]